

Zeitungsausschnitt

☐ WAZ/WR	Westdeutsche Allg. Zeitung/Westfälische Rundschau	☐ örtlich	_____
☐ RN	Ruhrnachrichten	☐ Gesamtausgabe	
☐ WZ	Westdeutsche Zeitung		
☒ WR	Wuppertaler Rundschau	vom	24.10.91

Freiwillige Feuerwehren solidarisieren sich

Verwaltung nennt keine konkreten Zahlen / Feuerwehrleute verunsichert

In der Diskussion um die Zukunft der Freiwilligen Feuerwehren in Wuppertal haben sich die Positionen verhärtet. Während Dezernent Dr. Eberhard Geissler an der Auflösung einiger Einheiten festhalten will, haben sich die Einheitsführer und der Beirat der Freiwilligen Feuerwehr in einer gemeinsa-

Vor der Presse erläuterte Dr. Geissler die Zielsetzung der geplanten Schließungen: „Wir möchten eine Straffung innerhalb der Freiwilligen Feuerwehren herbeiführen.“ Die Verwaltung strebt dieses Vorhaben nach Aussage des Dezernenten vor allem aus zwei Gründen an: Zum einen, weil man nach der Verkürzung der Katastrophen-Dienstzeit von zehn auf acht Jahre ebenso wenig mit Sicherheit sagen könne, wieviele Angehörige sich in Zukunft aus diesem

Personenkreis rekrutieren lassen, wie auch keine Aussagen auf die Entwicklung bei den Jugendfeuerwehren zu treffen seien. Und zum anderen, weil „trotz der Wirtschaftlichkeit der Freiwilligen Feuerwehren erhebliche Investitionen bis zum Jahr 2000“ anstünden. Um aber nicht das System des abwehrenden Brandschutzes zu gefährden, will die Verwaltung „nicht mehrere Einheiten innerhalb eines Stadtteiles“ dicht machen. Die „geringe Zahl an Schließungen“ trage dem Sicherheitsbedürfnis der Bürger Rechnung, so Geissler. Konkrete Zahlen wollte er allerdings weder hierzu noch zu den geplanten Einsparungen nennen.

Bei den Verantwortlichen

men Erklärung kategorisch gegen die Schließung einzelner Standorte ausgesprochen. Den Hintergrund des Konfliktes bildet die Vorlage zum neuen Brandschutzbedarfsplan, der die Organisation der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehren in Wuppertal für die nächsten zehn Jahre regeln soll.

der Freiwilligen Feuerwehren stießen die Aussagen des Dezernenten auf Ablehnung. Sie verweisen darauf, daß ihre Einheiten sowohl im Erwachsenen- als auch im Jugendbereich starken Zulauf haben und in Schöller/Dornap noch in diesem Monat eine weitere Jugendfeuerwehr gegründet wird. Eberhard Stühr, Sprecher der Freiwilligen Feuerwehr: „Weil die ehrenamtlichen Feuerwehrmänner nicht entlassen werden können, müßte man sie bei Schließung ihrer Einheit mitsamt den Fahrzeugen in anderen Einheiten unterbringen. Da diese jedoch selbst unter erheblichem Platzmangel laborieren, entstünden für die Stadt erhebliche Baumaßnahmen und

Kosten.“ Stühr plädiert dafür, alle Standorte zu erhalten und den Freiwilligen Feuerwehren zusätzliche Aufgaben beispielsweise im Umweltschutz zuzuordnen. In Bezug auf die anstehenden Investitionen stellt Michael-Georg von Wenczowsky, Einheitsführer am Hahnerberg und Mitglied der CDU-Ratsfraktion, fest: „Die Freiwilligen haben über zehn Jahre zu Gunsten des – sicherlich notwendigen – 44 Millionen Mark teuren neuen Domizils der Berufsfeuerwehr stillgehalten und vieles in Eigenarbeit erledigt. Wir verkennen nicht die allgemeine Haushaltslage, aber nun sind unsere berechtigten Forderungen an der Reihe.“

Jörn Koldehoff

Entscheidung aufgeschoben

(kla). Am kommenden Montag sollte im städtischen Ausschuß für öffentliche Ordnung und Sicherheit die Vorentscheidung über das Schicksal der Freiwilligen Feuerwehr fallen. Kurzfristig wurde der Sitzungstermin verschoben. Darauf haben sich die Fraktionen auf Antrag der SPD verständigt, nachdem am Montag die entsprechende Drucksache der Verwaltung immer noch nicht vorlag. Sowohl der SPD wie auch der FPD erschien die Beratungszeit zu kurz. Beide Parteien unterstützen im Prinzip die Straffungspläne der Verwaltung. Hingegen haben sich CDU und Grüne gegen die Dezimierung der Freiwilligen Feuerwehr ausgesprochen. Die CDU beabsichtigt, am Freitag ein Hearing zu diesem Thema zu veranstalten. Der FDP-Stadtverordnete Heinz Jonas sprach gegenüber der WR von „Schaumschlagerei der Christdemokraten“. Zunächst einmal müsse man die Verwaltungsvorlage kennen, bevor man sie diskutiert.

Zeitungsausschnitt

☐ WAZ/WR	Westdeutsche Allg. Zeitung/Westfälische Rundschau	☐ örtlich	_____
☐ RN	Ruhrnachrichten	☐ Gesamtausgabe	
☐ WZ	Westdeutsche Zeitung	vom	24.10.91
☒ WR	Wuppertaler Rundschau		

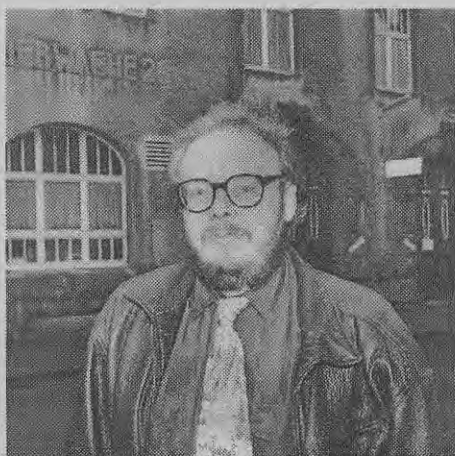
Nur nichts anbrennen lassen

Martin W. Klaus zur verschobenen Debatte um die Freiwillige Feuerwehr

Auf dem Land verhält sich die Sache ganz einfach: Ein anständiger Dörf-ler, so er männlichen Geschlechts ist, gehört dem Schützenverein, dem Fuß- ballclub, vielleicht dem Kirchenchor und gewiß der Feuerwehr an. Diese richtet die schönsten Feste im Dorf aus und kommt, sollte die Scheune brennen, erst dann zum Brandherd, wenn der Bauer bereits ob der zu erwartenden Versiche- rungssumme zufrieden grient. Sollte es einmal richtig brennen, müssen ohnehin die Mannen aus der Stadt anrücken. Niemand auf dem Land denkt daran, die Freiwillige Feuerwehr zu liquidieren.

Ganz anders verhält sich das in der Stadt. Besonders in Wuppertal. Hier gibt es eine Berufsfeuerwehr, der erst kürz- lich ein satte 44 Millionen teures Domizil errichtet wurde. Und hier gibt es zudem einen ehrgeizigen Feuerwehrchef, der am liebsten alle Brände selbst löschen würde. Auf jeden Fall sollen dies mög- lichst nicht die Freiwilligen tun. Wenn auch sein Motto „Viel Feuer, viel Ehr“ fragwürdig ist, so leuchtet die Argumen- tation doch grundsätzlich ein.

Das dachte auch der zuständige Bei- geordnete, der sich zuweilen sogar „Feuerwehrdezernent“ nennt. Sicher weiß er, daß die Freiwilligen eine Menge notwendiger Aufgaben erledigen und überdies aus eigener Kraft manches fi- nanzieren. Gleichwohl ist er der Ansicht, daß eine „Straffung innerhalb der Frei- willigen Feuerwehren“ vonnöten ist.



Schließlich kosten die pro Jahr runde drei Millionen Mark. Und bis zum Jahr 2000 sind noch mal mindestens zehn Millionen Mark an Investitionen fällig.

Als diese Pläne bekannt wurden, hob ein Wehklagen in allen Stadtteilen an, wie man es nur selten erlebt hat. Ob- gleich keine der 19 Wachen der Freiwil- ligen Feuerwehren bis heute weiß, ob sie der den Stadtsäckel entlastenden Liqui- dation zum Opfer fallen soll, zückten sie alle ihre Löschpistolen. Von Langerfeld bis Dornap reichte der Protest.

Und dies nicht ohne Erfolg. Am kom- menden Montag wollte der zuständige

städtische Ausschuß über das Schicksal der Freiwilligen Feuerwehren beraten. Die Sitzung ist verschoben. Begründung: Die Verwaltungsvorlage sei noch nicht erstellt. Den Fraktionen bleibe zu wenig Zeit zur Beratung. Mit dieser Argumen- tation erlangte die SPD Zeitaufschub. Die Sozialdemokraten — ebenso wie die Liberalen — halten sich jetzt alles offen. Nur hinter vorgehaltener Hand hört man, daß es beispielsweise doch recht unsinnig sei, wenn in noch nicht einmal einem Kilometer Entfernung von der Berufsfeuerwehr eine Freiwillige Feuer- wache ihr Dasein fristet. Doch derglei- chen ist leichter im Rathaus gesagt als anschließend im eigenen Stadtteil ver- treten.

Grüne und CDU haben es in der Feuerwehrdebatte einfacher: Beide sind gegen die Dezimierung der Freiwilligen Feuerwehr. Sie wünschen sich eine enge Verzahnung von freiwilligen und beam- teten Feuerlöschern, wobei erstere auch neue Aufgaben übernehmen könnten. Dagegen ist im Grunde nichts zu sagen. Gleichwohl darf die Schließung einzel- ner Wachen kein Tabu sein. Wo sich die vielgerühmte Bürgerinitiative des 19. Jahrhunderts am Ende des 20. als obso- let erweist, gibt es keinen Grund, diese aus Steuergeldern weiterhin zu finan- zieren. Es sei denn, man hält diese Form der Brauchtumpflege für förderungs- würdig. Dann sollte man dies allerdings auch klar sagen.